

Seite: 2  
 Ressort: Themen des Tages  
 Ausgabe: Hauptausgabe

Gattung: Tageszeitung  
 Auflage: 17.058 (gedruckt) 17.344 (verkauft)  
 17.555 (verbreitet)  
 Reichweite: 0,04 (in Mio.)

## Im langen Schatten der Mächtigen

Die Opposition im Bundestag hat kaum Gewicht. Ihre Redezeit ist winzig, ihr Einfluss gering, die Arbeit viel. Zwei Politikerinnen erzählen, was sie dennoch motiviert

VON ANDREAS SCHWARZBAUER, BERLIN. Franziska Brantner sitzt erwartungsvoll auf ihrem Stuhl in der ersten Reihe des deutschen Bundestags. Die Politikerin hat soeben eine Rede gehalten. Sie hat darin einen Antrag ihrer Fraktion zur finanziellen Entlastung von alleinerziehenden Eltern begründet. Ruhig und bemüht sachlich wirbt sie bei den Koalitionsparteien um Unterstützung: "Wollen wir nicht sagen: Wir als Parlament setzen das gemeinsam um und entlasten die Alleinerziehenden." Brantner ist Abgeordnete der Grünen - und als solche Angehörige einer politischen Minderheit. Mit zusammen 127 Abgeordneten stellen Grüne und Linke nur rund 20 Prozent der 631 Mitglieder des Bundestags - zu viel, um zu schweigen, zu wenig, um der Regierung wirkungsvoll auf die Finger zu klopfen. Normalerweise haben Anträge der Opposition wenig Aussicht auf Erfolg. Die Redner wollen sich von den Regierungsparteien abgrenzen und üben auch einmal überspitzte Kritik, um den Wählern ihre Ideen zu verdeutlichen. Doch zumindest an diesem Tag im Parlament ist es anders. Man könnte es die Gunst der Stunde für die Opposition nennen: Innerhalb der Regierung herrscht Streit. Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) möchte das Kindergeld in zwei Etappen um sechs Euro pro Monat erhöhen. SPD und CSU ist das zu wenig. Die Grünen Brantner sieht darin ihre Gelegenheit und die Chance, eine finanzielle Verbesserung für Alleinerziehende zu erreichen. Kurz vor ihrer Rede sagt sie: "In der Debatte über meinen Antrag muss jede Fraktion etwas dazu sagen. Es wird interessant, wie die CDU reagiert." Sollten die Unionsabgeordneten gegen den Antrag argumentieren, hätten die Grünen einen Konflikt innerhalb der Regierung deutlich aufgezeigt. Sollten sie ebenfalls dafür sein, wäre klar, dass Finanzminister Schäuble ziemlich alleine dasteht.

Ein wenig angespannt lauscht sie leicht nach vorne gebeugt den Worten des ersten CDU-Redners Marcus Weinberg. Dieser sagt: "Wir wollen den seit elf Jahren feststehenden Betrag von 1308 Euro Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende erhöhen." Brantner lächelt. Als später Bettina Hornhues von der CDU auch noch verspricht, dass die Union dieses Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode umsetzen möchte, hat sich die junge Frau aus Baden-Württemberg schon zufrieden zurückgelehnt. Sie sagt: "Sie haben es öffentlich gesagt und daran können wir sie messen. Außerdem haben wir das Thema gesetzt." Für Franziska Brantner ist es ein Erfolg, eine Debatte über ein Thema angestoßen zu haben. Jetzt gebe es noch eine Anhörung im Ausschuss. Dazu können alle Parteien Experten einladen, die ihre Sicht der Dinge untermauern. Brantner erklärt: "Wenn ein Wissenschaftler etwas sagt, dann hat das ein ganz anderes Gewicht, als wenn es von mir kommt. Das kann die Regierung eigentlich nicht völlig ignorieren."

Opposition im Bundestag - das ist in dieser von der Großen Koalition dominierten Legislaturperiode ein mühsames, aber an manchen Tagen eben auch ein durchaus befriedigendes Geschäft. Zwei Tage vor ihrer Rede sitzt Brantner im Arbeitskreis der Grünen für Kinder und Familie. Es geht um das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Unruhig rutscht sie auf ihrem Stuhl hin und her. Sie möchte etwas sagen, ist aber noch nicht dran. Als sie endlich aufgerufen wird, bedankt sich die 35-Jährige für die Unterstützung für ihren Alleinerziehenden-Antrag. Dann packt sie schnell ihre Unterlagen zusammen, schwingt ihre rote Umhängetasche über die Schulter und eilt aus dem Raum. Zeitgleich tagt der Arbeitskreis Außenpolitik. Auch dort wird sie erwartet. Mit dem Aufzug geht es vom vierten Stock ins Erdgeschoss. Brantner eilt auf die

gegenüberliegende Seite des Gebäudes. "Ich möchte gar nicht wissen wie viele Kilometer ich am Tag zurücklege", sagt sie ein wenig außer Atem.

Es ist Brantners erste Legislaturperiode, unbedingt möchte sie eigene Akzente setzen. Und als ehemalige Abgeordnete des EU-Parlaments ist Außenpolitik ihre Leidenschaft. Immer wieder meldet sie sich zu Wort, lobt in einer Pressemitteilung das Wahlergebnis in Tunesien, kritisiert die harten Urteile gegen ägyptische Oppositionelle oder trifft Mitglieder der syrischen Exilregierung. Als sie den Raum der Arbeitsgruppe betritt, ist die Diskussion in vollem Gange. Es geht darum, dass die Regierung das Parlament in der Außenpolitik nicht ausreichend informiert. Die Grünen beraten darüber, wie sie das ändern können. Auch Brantner hat einige Ideen dazu. Nach einer guten Stunde muss sie weiter zum nächsten Termin. Ihr Büroleiter Michael Bergius seufzt: "Ihr Terminplan ist eine ziemliche Herausforderung, weil sie so viele Veranstaltungen machen will."

Doch wofür tut sie sich den ganzen Stress überhaupt an? Den Einfluss der Opposition auf die Gesetzgebung hält sie für gering. Das Hauptziel ist für die Politikerin aus Heidelberg, die Öffentlichkeit von den Konzepten der Grünen zu überzeugen und dadurch später selbst einmal Regierungsverantwortung zu übernehmen: "Wir arbeiten dafür, dass wir irgendwann andere Mehrheitsverhältnisse haben und selbst mitgestalten können." Denn die Oppositionsbänke sind hart für Abgeordnete, die eigene Ideen in konkrete Politik gießen wollen. Das sieht Eva Bulling-Schröter anders. Die gelernte Betriebsschlosslerin aus Ingolstadt sitzt seit fast 20 Jahren für die Linke im Bundestag. Sie sagt: "Wenn man in der Opposition über Jahre hinweg kontinuierliche Politik macht, gibt es irgendwann auch Erfolge." Als Beispiel nennt sie den Mindestlohn. Seit

2005 habe die Linke ihn gefordert. Immer wieder habe die Partei Debatten darüber geführt, mit Aktionen darauf aufmerksam gemacht und nie aufgehört, es zu thematisieren. Bulling-Schröter sagt: "Es hat zwar zehn Jahre gedauert, aber jetzt haben wir ihn. Auch ein steter Tropfen höhlt den Stein."

Auch beim Ausstieg aus der Kohleenergie sieht die energiepolitische Sprecherin ihre Partei auf einem guten Weg. Mit den Fachpolitikern aus dem Regierungslager arbeite sie in den Ausschüssen gut zusammen. Mit guten Argumenten könne man ab und zu einzelne Punkte zu seinen Gunsten beeinflussen. Bulling-Schröter räumt allerdings ein, dass sich die meisten Aktionen der Opposition an die Öffentlichkeit richten: "Mir ist klar, dass ich im Plenum niemanden von der Koalition überzeugen kann. Ich halte meine Reden für die Zuhörer auf den Besuchertribünen und die Leute am Fernseher. Die Öffentlichkeit soll wissen, wofür die Linke steht."

Auch das Aufzeigen von Fehlentwicklungen oder Missständen sei wichtig. Allein im März hat die 59-Jährige deshalb zwölf Pressemitteilungen verschickt. Als der griechische Premierminister Alexis Tsipras zu Gast bei Bundeskanzlerin Angela Merkel war, beteiligte sie sich an einer Aktion, die die Linke mitorganisiert hatte. Vor dem Bundeskanzleramt trafen sich zahlreiche Menschen und umarmten sich, um ihre Solidarität mit Griechenland zu zeigen.

Später sitzt Bulling-Schröter im Fraktionsaal der Linken und nippt an ihrem Kaffee. Zwei Reihen hinter ihr wettet

eine Kollegin lauthals über einen Antrag zum Völkermord in Ruanda, den die Linke gemeinsam mit den Grünen im Bundestag stellen will. Sie kritisiert, dass sich zu wenige eigene Positionen darin fänden. Der Antrag ist umstritten, die Abstimmung fällt knapp aus. Bulling-Schröter hört sich die Argumente beider Seiten an und votiert am Ende dafür. Sie sagt: "Ich bin für gemeinsame Anträge. Sie verdeutlichen, dass es mehr Unterstützer gibt und haben so ein stärkeres Gewicht." In Zeiten einer großen Koalition müsse man jeden Vorteil nutzen, denn für die Opposition, die nicht einmal ein Viertel der Sitze im Bundestag hat, sei es schwer.

Zwar sind die Rechte der Opposition ein wenig gestärkt worden, nachdem sie inzwischen etwas einfacher einen Untersuchungsausschuss einberufen oder eine Expertenanhörung erzwingen können. Aber Union und SPD hätten immer noch wesentlich mehr Redezeiten im Plenum und den Ausschüssen. Insbesondere bei Expertenanhörungen hält Bulling-Schröter das für problematisch: "Es ist unsere einzige Möglichkeit, der Regierung zu zeigen, was es für Kritikpunkte an ihren Gesetzesvorhaben gibt. Weil die Redezeiten eins zu eins aus dem Parlament abgeleitet werden, haben Grüne und Linke nur ein paar Minuten. Das halte ich für extrem undemokratisch."

Dass es in Zeiten einer großen Koalition besonders schwierig ist, weiß auch Grünen-Politikerin Brantner. Wegen der großen Mehrheit müsse die Regierung weniger auf die Stimmung im Parlament achten. Selbst wenn man Abgeord-

nete aus dem Regierungslager von seinen Ideen überzeugen könne, spiele das kaum eine Rolle: "Die große Koalition kann es sich leisten, dass 100 Abgeordnete nicht mitstimmen." Das zeigt sich einen Tag später. Trotz weitgehender Einigkeit der Parlamentarier, dass bei der Anhebung des Kindergeldes auch die Alleinerziehenden entlastet werden sollen, verabschiedet das Kabinett einen Gesetzesentwurf, in dem es diese Gruppe nicht berücksichtigt. Brantner verschickt noch am selben Tag eine Pressemitteilung, in der sie diesen Beschluss scharf kritisiert. Via Twitter schreibt sie: "Schäuble bleibt bei Nein zur Erhöhung Entlastungsbetrag. Niederlage für SPD, Unverschämtheit der CDU." Damit will sie den öffentlichen Druck erhöhen. Franziska Brantner ist zuversichtlich, dass sich das Gesetz im Ausschuss noch verändert. "In der Debatte haben alle Redner für eine Entlastung argumentiert. Wenn die jetzt nicht kommt, ist das ziemlich peinlich", sagt sie - und eilt weiter.

Ich halte meine Reden für die Zuhörer auf den Besuchertribünen und die Leute am Fernseher. Die Öffentlichkeit soll wissen, wofür die Linke steht.

**Eva Bulling-Schröter**

, Linkspartei

Wir arbeiten dafür, dass wir irgendwann andere Mehrheitsverhältnisse haben und selbst mitgestalten können.

**Franziska Brantner,**

Grüne

**Abbildung:**

Arbeiten knapp an der öffentlichen Wahrnehmungsschwelle: Die Bundestagsabgeordnete Eva Bulling-Schröter ist Mitglied der Linken, sie kennt die Mühen der Oppositionsarbeit. BILD: DPA

**Abbildung:**

Franziska Brantner ist Mitglied der Grünen seit sie 17 ist. Heute sitzt sie als Abgeordnete für ihre Partei im Bundestag. Sie war mit dem Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer liiert, beide haben eine gemeinsame Tochter. BILD: PAUL BLAU

**Wörter:**

1508